

DIE LINKE. Kreisverband Unstrut-Hainich-Kreis

# Kurier

Ausgabe 1-2022

[www.die-linke-uh.de](http://www.die-linke-uh.de)

## Einladung zum Jahresempfang

Zum gemeinsamen Jahresempfang von Kreisverband und der Abgeordneten Martina Renner und Cordula Eger laden wir ein am **Samstag, 04.02.2023 ab 10:30 Uhr in unsere neue Geschäftsstelle in der Hauptmannstr. 1a in Mühlhausen.**

## Mehr erneuerbare Energie für Stadt und Kreis



Spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des russischen Präsidenten auf die Ukraine ist klar geworden, dass Deutschland noch viel Luft nach oben bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien hat. Der Plan der Bundesregierung, Gas als Übergangstechnologie zu nutzen, stellt sich im Nachhinein als schwerwiegender Fehler heraus. Hinzu kommt der Schaden durch fehlende Förderung von Windkraft- und Solaranlagen durch die vorherigen Regierungen.

Bund, Land und Kommune müssen mit Blick auf die Energieversorgung autark werden. Die Losung muss lauten: Energie muss dort produziert werden, wo sie gebraucht wird - regional, erneuerbar

und am besten in Hand der Bürgerinnen und Bürger. Daher haben unsere Kreistagsfraktion und die Stadtratsfraktion in Mühlhausen einen Antrag gestellt, der dieser Losung Rechnung trägt. Auf dem Hügel der Mülldeponie in Aemilienhausen soll eine große Photovoltaikanlage mit Bürgerbeteiligung entstehen. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weshalb auch möglichst viele Menschen die Möglichkeit zur Unterstützung bekommen sollten. Neben der Gründung einer Energiegenossenschaft, wäre auch die Möglichkeit der Schwarmfinanzierung einzelner Bereiche denkbar.

Wir als Stadtratsfraktion wollen noch einen Schritt weiter gehen. Aufgrund des

Denkmalschutzes ist der Bau von Solaranlagen auf den Dächern der Gebäude in der Mühlhäuser Innenstadt stark eingeschränkt. Mit Blick auf die vielen Besucherinnen und Besucher unserer Stadt hat das sicher auch ein Stück weit seine Berechtigung. Wir stellen in der nächsten Sitzung den Antrag, zu prüfen, was bisher schon in unserer Innenstadt möglich ist und an welchen Stellschrauben wir drehen könnten. Wo es möglich ist, wollen wir Menschen die Möglichkeit geben, Solarzellen auch auf ihren Dächern aufzubauen. Auch öffentliche Gebäude sollen in die Überlegungen mit einbezogen werden. Wir sind sehr gespannt auf das Ergebnis.

*Steffen Thormann*

## Aus alt mach neu

Wir sind wieder da: ab jetzt gibt es wieder eine Mitgliederzeitung unseres Kreisverbandes, die über aktuelle Themen aus dem Kreisverband, den kommunalen Parlamenten, dem Landtag und dem Bundestag berichtet. Uns ist es wichtig, unsere Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit besser

zu informieren. Als Ziel haben wir uns gesetzt, den Kurier vier Mal im Jahr herauszugeben und hoffen, dass er Interesse findet. Über Anmerkungen, Kritik und natürlich positive Rückmeldungen ist die Redaktion zu jeder Zeit dankbar! Die neue Zeitung ist nicht die einzige Neuheit, die unser Kreisverband parat

hat - wir haben auch neue Räumlichkeiten. Seit 1. Dezember findet Ihr uns nicht mehr in der Görmarstraße 27, sondern in der Hauptmannstraße 1A. Mit helleren, größeren Räumlichkeiten und näher in der Innenstadt. Schaut gerne mal bei uns vorbei.

# Nur solidarisch durch die Krise



Martina Renner (2.v.r.) bei der „Nicht mit uns“ Demo am 11.9.2022 in Erfurt

Foto: Kai Budler

Mehr als 1.000 Personen werden im Unstrut Hainich Kreis der „Reichsbürger“-Szene zugerechnet. Im Vergleich zu den Vorjahren ist ihre Zahl deutlich angestiegen. „Reichsbürger“ behaupten, das Deutsche Reich würde weiter bestehen, erkennen die Gesetze der Bundesrepublik nicht an und lehnen staatliche Institutionen ab. Teile der Szene haben ihre Heimat im extrem rechten Spektrum. erinnert sei an dieser Stelle an den Fund illegaler Munition 2018 bei einem „Reichsbürger“ in Schlotheim. Und in einem Einkaufszentrum in Mühlhausen widersetzte sich eine neunköpfige Gruppe von „Reichsbürgern“ der Maskenpflicht und verletzte eine Polizistin. Viel zu lange wurde die Szene verharmlost und die Gefahr nicht gesehen, die von ihr ausgeht. Erst als ein „Reichsbürger“ 2016 in Bayern einen Polizisten er-

schoß, wachten die Behörden auf. Dass ihre Zahl derart angestiegen ist, liegt auch an der Pandemie und den „Corona-Protesten“, deren Teilnehmer\*innen zum Teil sehr empfänglich für derartige Thesen und Verschwörungsideologien sind. Dort fallen Drohungen und Reichsbürgerforderungen auf fruchtbaren Boden. Mit der Pandemie scheint ihr Ziel ein Stück näher gerückt: der herbei gesehnte „Tag X“, an dem man losschlagen will. Bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland wollte auch jene Gruppe auslösen, gegen die die Bundesanwaltschaft seit April 2022 wegen des Verdachts einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Mit der Sabotage der Stromversorgung wollte sie einen „Black Out“ herbeiführen und die parlamentarische Demokratie stürzen. Als einer der Köpfe der Gruppe gilt ein gebürtiger Thüringer, ein Planungs-

treffen fand im Unstrut-Hainich-Kreis statt. Doch ähnlich wie anfangs bei den „Reichsbürgern“ wird die Gefahr verniedlicht, die von Angehörigen der radikalisierten Corona-Leugner\*innen-Szene ausgeht. Statt ihre Straftaten als „Politisch motivierten Kriminalität rechts“ zu zählen, werden sie mit der Kategorie „PMK nicht zuzuordnen“ entpolitisiert. Wenn selbst die Ermordung eines Tankstellenangestellten durch einen rechten Coronaleugner als „nicht zuzuordnen“ deklariert wird, verharmlost das die Dimension der Gefahr. Ausbaden müssen das ausgerechnet die Zivilgesellschaft, die sich gegen die Ideologie positioniert, und couragierte Lokalpolitiker\*innen, die sich dem meist ungeschützt entgegenstellen. Ihnen müssen wir den Rücken stärken, ihnen gehören meine Solidarität und Unterstützung.

## Das #Justizproblem auflösen

Als im September 2022 vor dem Landgericht Mühlhausen das Urteil im „Fretterode-Prozess“ fiel, war zur Recht von einer skandalösen Entscheidung die Rede. Mehr als vier Jahre nach dem brutalen Überfall zweier Neonazis aus dem Umfeld des Neonazi-Funktionärs Thorsten Heise auf zwei Journalisten erhielten die Täter 200 Arbeitsstunden nach dem Jugendstrafrecht und ein Jahr Haft auf Bewährung. Bislang steht nicht fest, wann der Bundesgerichtshof über die Revisionen entscheidet. Ein solches Kuschelurteil sendet ein fatales Signal in die rechte Szene und ermutigt deren Akteur\*innen. Gleiches

gilt für Deals mit Neonazis gegen die Geschädigten vor Gericht und ähnliche Entscheidungen, die sich in der Justiz in den vergangenen Jahren häufen. Die Betroffenen spüren, dass der Staat sie allein lässt und nicht schützt. Es muss vor Gericht um das Verständnis des ideologischen und organisatorischen Hintergrundes der Täter gehen, wenn wir die strukturellen Probleme dieses Problems lösen wollen. Auch bei der dritten Gewalt braucht es eine wissenschaftliche Aufarbeitung und Schlussfolgerungen aus dem Justizproblem wie sie bei der Rolle der Polizei inzwischen eingesetzt haben.



Martina Renner bei der Veranstaltung „Komplex FretterodeProzess“ in Mühlhausen

Foto: Kai Budler

# Besuch im Thüringer Landtag



Ich freue mich sehr, dass ich am 10.11.2022 meine erste Besucher\*innen-Gruppe in dieser Legislatur im Thüringer Landtag begrüßen durfte. Lange Zeit war dies aufgrund der Pandemie nicht oder nur eingeschränkt möglich. Über 40 Mitglieder der Landseniorenvereinigung Mühlhausen e.V. konnten sich auf meine Einladung hin über den Landtag und die parlamentarische Arbeit informieren. Der Landtag ist ein Ort der Begegnung, der zum Austausch und Kennenlernen einlädt. Auf der Tribüne können Besucher\*innen die Debatten im Plenum verfolgen, das Landtagsgebäude besichtigen, Führungen erleben und einen Einblick über die Arbeit im Parlament bekommen. Auch Schüler\*innen-Gruppen der 9. bis 12. Klassen aus dem Unstrut-Hainich-Kreis lade ich für das nächste Jahr herzlich ein. Wer den Thüringer Landtag besuchen möchte, kann sich in meinen Bürgerbüros in Bad Langensalza und Mühlhausen, telefonisch unter 03603/8101963 melden. Oder Sie schreiben eine Email an [wkb.eger@gmail.com](mailto:wkb.eger@gmail.com).

## 7170 Euro Spenden an Vereine im Unstrut-Hainich-Kreis



Es freut mich sehr, dass ich meine Diäten-Erhöhungen auch im Jahr 2022 über den Verein Alternative 54 Erfurt e.V. für soziale Projekte spenden konnte. Damit möchte ich mich auch

für das ehrenamtliche Engagement vieler Vereinsmitglieder bedanken. Ich konnte so soziale Projekte von 16 Vereinen in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung, Jugend und Erziehung mit ins-

gesamt 7170 Euro unterstützen. Der Verein Alternative 54 Erfurt e.V. wurde 1995 gegründet. Der Name leitet sich aus dem Artikel 54 der Thüringer Verfassung ab, in dem der Diätenautomatismus für Thüringer Landtagsabgeordnete festgeschrieben ist. Die Vereinsmitglieder spenden monatlich einen Anteil ihrer Diäten, die zur Förderung wichtiger Initiativen im Freistaat eingesetzt werden, das solidarische Miteinander fördern und die gesellschaftliche Entwicklung im Freistaat unterstützen. Seit der Gründung des Vereins haben die Mitglieder der Alternative 54 bis Ende September 2022 insgesamt 1.661.600 Euro Spenden vergeben. Eine Antragstellung von gemeinnützigen Vereinen ist unter <https://alternative-54.de> möglich.

## Praktikum in der politischen Arbeit

Der 14-jährige Schüler Julian Föst aus der Gesamtschule Janusz Korczak hat mich im November zwei Wochen während meiner Tätigkeit als Abgeordnete begleitet. Im Rahmen eines Schülerpraktikums konnte er einen Einblick in die parlamentarische Arbeit im Thüringer Landtag und in die Wahlkreis-

arbeit gewinnen. Sehr interessiert hat er viele politische Themen mit mir, anderen Abgeordneten und Mitgliedern von Vereinen und Verbänden diskutiert. Ich wünsche ihm alles Gute für den Schulabschluss und für das, was er sich für die Zukunft vorgenommen hat.



# Bodo Ramelow zur Energiekrise



Foto: flickr.com / Christliches Medienmagazin pro CC BY 2.0

**KURIER:** Wie beurteilst Du die aktuelle politische Lage bezüglich der gegenwärtigen Energiekrise?

**Bodo Ramelow:** Das vertraglich geschuldete russische Gas wird bis heute nicht geliefert, obwohl es durch die seit Jahrzehnten bestehende Transgas- und Jamal- Pipeline transportiert werden könnte. Teil des Krieges ist auch die künstlich erzeugte Energieknappheit, in die Putin uns treibt und gleichzeitig die Spritpreise nach oben bewegt, da auch deutsche Raffinerien in den vergangenen Jahren an russische Firmen verkauft wurden. Energiekonzerne schwimmen im Geld, nur der Gas- Großhandel in Deutschland verbraucht sehr viel Steuergeld, damit wir die Preise für die Kunden wieder künstlich nach unten drücken. Es ist in Ordnung, dass jetzt die Gas- und Strompreisbremsen kommen. Mir wäre jedoch

lieber gewesen, dass man sowohl Öl- und Gas- als auch Strompreise bereits vor drei Monaten staatlich kontrolliert hätte. Leider lehnte man regulierende Maßnahmen aus ideologischen Gründen ab.

Es kommen zum Jahreswechsel Hilfsmaßnahmen zum Tragen. So wird der Erdgasabschlag im Dezember für alle Bürger vom Staat übernommen, im Frühjahr 2023 kommen Gas- und Strompreisbremse, so dass die Kosten für die Menschen kalkulierbar werden.

Überall wo die Instrumente nicht greifen oder Notfälle eintreten, bildeten wir einen Fonds, der Unternehmen wie Bäcker oder Fleischer unterstützt, die hohe Preise nicht mehr zahlen können. Gerade zeichnete der Thüringer Landtag 407 Mio Euro frei, damit wir über die Maßnahmen des Bundes hinaus noch zusätzliche Hilfsinstrumente zur Verfügung haben.

**Das Interview führte Frank Wilhelm**

## Eine Fahrt ins politische Berlin



Foto: ©Bundesregierung/Stadt | Land | Mensch - Fotografie

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Martina Renner reisten Genoss\*innen und andere politisch interessierte Bürger\*innen im September 2022 zu einer politischen Fahrt nach Berlin. Nach der Ankunft fuhren wir in das Open-Air-Dokumentationszentrum „Topografie des Terrors“ im ehemals berüchtigten Prinz-Albrecht-Gelände. Hier befand sich in unmittelbarer Nähe zum Berliner Abgeordnetenhaus und dem Gropiusbau seit 1934 die Zentrale des Sicherheitsdienstes der SS (SD) und ab 1939 auch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Die Freiluftausstellung dokumentiert in einem Zeitstrahl den schleichenden Niedergang der Weimarer Republik über die Ausschaltung des Reichstages durch das Ermächtigungsgesetz bis hin zur Errich-

tung des Terrorstaates. Am zweiten Tag führte uns eine an politischen Gesichtspunkten orientierte Stadtrundfahrt durch den ehemaligen West- und Ostteil Berlins. Wir bekamen vom Stadtführer teilweise neue und interessante Informationen zur Geschichte der Stadt.

Das Highlight war der Besuch bei Martina Renner im Reichstagsgebäude. Im Fraktionssaal „Clara-Zetkin“ informierte sie über Arbeit der Volksvertreter\*innen und beantwortete Fragen zu aktuellen politischen Themen. Abschließend wurde ein Gruppenfoto im Bereich der Fraktionsebene erstellt. Am Nachmittag besuchten wir einen Vortrag von Prof. Wolfram zum Thema „Medien, Rassismus und Auswege“ in der Bundeszentrale für politische Bildung mit anschließender Diskussion.

Zum Abschluss besuchten wir die Ausstellung im Deutschen Dom „Wege, Irrwege, Umwege - Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“. Hier ist ein wertvolles Faksimile des Grundgesetzes ausgestellt, es gibt neben vielen Informationen auch Kurioses zu sehen, wie den Abgeordneten ausweis des fiktiven Volksvertreters Jakob Maria Mirscheid. Hervorzuheben ist, dass Berliner Schulklassen hier Vorträgen lauschen und anhand der Exponate Referate erarbeiten. (fw)

**Die nächsten Fahrten finden im Februar, Oktober und Dezember 2023 statt. Bei Interesse einfach das Wahlkreisbüro kontaktieren oder eine Mail schreiben an [martina.renner.ma04@bundestag.de](mailto:martina.renner.ma04@bundestag.de)**

### Impressum & Kontakt

Kurier wird herausgegeben von DIE LINKE. Kreisverband Unstrut-Hainichkreis, Hauptmannstr. 1a, 99974 Mühlhausen, Tel. 03601 - 816921, E-Mail: [rgeschaeftsstelle@die-linke-uh.de](mailto:rgeschaeftsstelle@die-linke-uh.de), Redaktion: Steffen Thormann, Kai Budler, Frank Wilhelm, Cordula Eger (V.i.S.d.P.), Layout: Dirk Anhalt, Auflage 500 Stück